

Ansprüche und Leistungen – die Kantonsratsfraktionen vor Abschluss der Legislaturperiode

Die Mitglieder des Zürcher Kantonsparlaments bilden nach Parteizugehörigkeit Fraktionen. Vor den Gesamterneuerungswahlen am 3. April zieht die Redaktion Bilanz ihrer politischen Anliegen, Erfolge und Niederlagen in den letzten vier Jahren.

Die SVP – unter ihrem Wert geschlagen

kg. · Grösse allein genügt nicht: Die SVP-Fraktion zählt zwar 57 Mitglieder und damit gut anderthalbmal so viele wie die nächstgrössere SP, trotzdem gehört sie im Kantonsrat nicht selten zu den Verlierern. Gewicht haben ihre 57 Stimmen erst, wenn sie sich mit anderen zusammenschließen: der FDP und der CVP sowie der GLP, die zur verlässlichen finanzpolitischen Partnerin geworden ist. Gemeinsam schafften es die vier in den letzten Jahren, den Aufwand in den Staatsbudgets wenigstens ein bisschen zu reduzieren. Aus den Reihen der SVP kam der Anstoss zu einem neuen Opernhausgesetz, das dem Geldgeber Kanton mehr Einfluss sichert. Und es war die SVP, die beharrlich und kritisch den Finger auf Ungereimtheiten bei der kantonalen Pensionskasse BVK legte.

Dass solche Erfolge selten sind, liegt zum einen daran, dass die Fraktion lieber die reine SVP-Lehre vertritt, als Kompromisse einzugehen. Zum andern betreibt sie eine wenig professionelle Personalpolitik. Während ein kluger Kopf wie der Rümlanger Unternehmer Werner Bosshard fast völlig verstummt ist, darf der ideologisch verbohrt Lautsprecher Matthias Hauser die SVP-Bildungspolitik prägen. Oder: Vor drei Jahren ging die steile Politkarriere des Ex-Kommmissionspräsidenten und Ex-Fraktionschefs Jürg Leuthold abrupt zu Ende – er habe zu Unrecht IV-Gelder bezogen, befand das Sozialversicherungsgericht. Das Bundesgericht korrigierte das Urteil später, aber da hatte die Fraktion den als «Scheininvaliden» Gebrandmarkten schon verstossen.

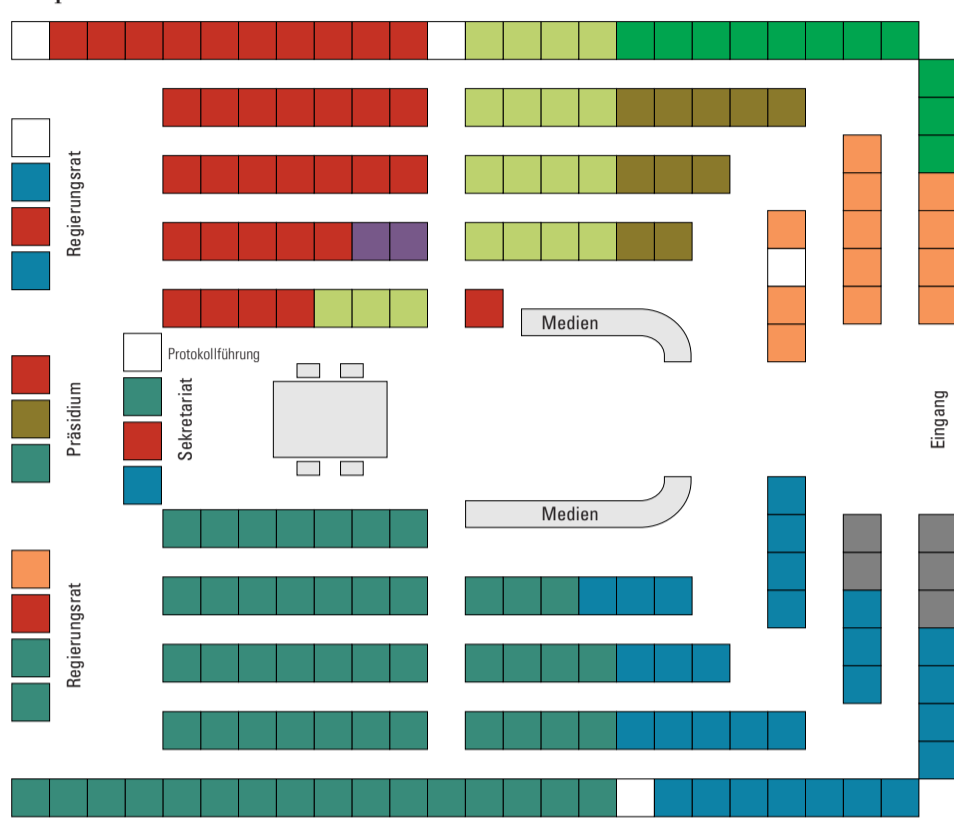
Die SP – meistens in der Minderheit

kg. · Die SP-Fraktion hat eine schwierige Zeit hinter sich. Bei den Wahlen 2007 verlor sie 17 ihrer 53 Sitze. Ein Jahr später wählte sie Nicolas Galladé zum Fraktionspräsidenten und leitete damit ein längeres «Interregnum» ein: Anders als sein Vorgänger Ruedi Lais schaffte Galladé es nie, der Fraktion und ihrem Präsidium ein Gesicht zu geben. 2010, nach seiner Wahl in den Winterthurer Stadtrat, besann sich die Fraktion darauf, dass politische Inhalte vielleicht doch wichtiger sein könnten als Politmarketing, und machte Raphael Golta zu ihrem Präsidenten. Das änderte aber nichts daran, dass die SP wenig erreichte, trotz wechselnden Mehrheitsverhältnissen seit den letzten Wahlen. Ob sie in Budgetdebatten höhere Ausgaben forderte oder verlangte, dass Parteien offenlegen, wer sie finanziell unterstützt, ob sie die Staatsangestellten besser vor ungerechtfertigten Kündigungen schützen oder Steuersenkungen für Reiche verhindern wollte – meistens blieb die SP im Rat in der Minderheit. Dazu kommt, dass seit den letzten Wahlen einige profilierte Genossen zurücktraten, Ueli Keller etwa, ein Experte für Verkehrspolitik, oder Regula Goetsch, die Präsidentin der wichtigen Kommission für Wirtschaft und Abgaben. Es gab aber auch Verstärkungen zu verzeichnen: 2007 wurde mit Markus Späth ein versierter Bildungspolitiker neu gewählt, und die 2010 nachgerückte Jungsozialistin Rosmarie Joss, eines der wenigen Nachwuchstalente in der Fraktion, ist daran, sich einen Namen als Finanzpolitikerin zu machen.

FDP – gefestigt mit konkreten Zielen

rib. · Die Wahlen 2007 brachten der FDP noch einmal eine Einbusse bei der Parteistärke. Der Wähleranteil von 16 Prozent bedeutet einen historischen Tiefpunkt. Ihre 29 Kantonsratsmandate konnten aber die Freisinnigen halten, obwohl in der vorangegangenen Legis-

Sitzplan im Zürcher Kantonsrat



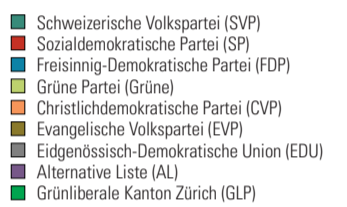
QUELLE: KANTON ZÜRICH

Zürcher Kantonsratswahlen 2007
Wähleranteile nach Parteien (in %)

SVP	30,5
SP	19,5
FDP	16,0
Grüne	10,4
CVP	7,2
Grünlib.	5,8
EVP	5,2
EDU	2,8
AL	1,3
SD	1,3

Sitzverteilung im Kantonsrat
Stand Anfang 2011

Parteien	Parteien
SVP	CVP
SP	EVP
FDP	Grünliberale
Grüne	EDU



NZZ-INFOGRAFIK / mfe.

latur ein Mitglied aus der Fraktion ausgetreten war. Seither hat sich die Fraktion konsolidiert. In erneuerter und leicht verjüngter Zusammensetzung hat sie sich vor allem der Finanz- und Steuerpolitik, der Bildungspolitik, Sicherheitsthemen und umweltpolitischen Anliegen gewidmet. Nach dem Rücktritt gestandener Mitglieder hat sie mit Fraktionspräsident Thomas Vogel oder Vertretern wie dem Sozialpolitiker Urs Lauffer oder Carmen Walker Späh, einer Spezialistin für Bau- und Planungsfragen, in verschiedenen Sparten wieder profilierte Köpfe.

Geschlossen und selbstsicher, auch gegenüber der SVP, erzielte die Fraktion konkrete Erfolge. Die Steuergesetzrevision, über die im Mai abgestimmt wird, geht in wichtigen Teilen auf FDP-Vorstösse zurück. Die Volksinitiativen zur Erleichterung energetischer Gebäudesanierungen und zur Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten hat die Fraktion mit – zu ihrer Zeit erfolglosen – Vorstößen vorbereitet. In den Wirren um das Polizei- und Justizzentrum spürte die FDP den Weg, mit einem zweiten Volksentscheid eine Lösung zu finden. Dass sie sich beim Budget 2011 vorübergehend aus dem bürgerlichen Konsens verabschiedete und eine Kürzung scharf kritisierte, um dann doch einzulenken, war zumindest kommunikativ unglücklich.

Die Grünen – Allianzen allerorts

üy. · Die Umwelt bleibt das zentrale Thema der grünen Kantonsratsfraktion. Das illustrieren die gut 90 Vorstösse in der zu Ende gehenden Legislaturperiode, die sich mit Natur- und Klimaschutz, Verkehr und erneuerbarer Energie beschäftigen – sie machen etwa einen Drittel aller Vorstösse aus. Die Grünen gewannen in den Wahlen 2007 zu den bestehenden 12 Sitzen 7 hinzu; von den heute 21 Fraktionsmitgliedern politisieren 2 in der AL. Um ihren Anliegen Gehör zu verleihen, sucht sich die Partei auch einmal rechts der Mitte Bündnispartner – etwa beim Bauvorhaben des neuen Polizei- und Justizentrums (PJZ), das sie mit SVP, GLP und EDU vergangen September bodigte.

Einen weiteren Schwerpunkt setzte die Fraktion – insbesondere der grüne Kantonsrat Ralf Margreiter – in den vergangenen vier Jahren in Steuer- und Wirtschaftsfragen. Den grössten Erfolg verbuchte sie dabei mit der Abschaffung der Pauschalbesteuerung; initiiert hatte die Volksinitiative, der das Zürcher Stimmvolk im Februar 2009 zugestimmt hatte, die AL. Das anschließende Anliegen – mit einer parlamentarischen Initiative forderten die grüne

Fraktion und die EVP eine Ständesinitiative des Kantons zur schweizerweiten Abschaffung der Pauschalbesteuerung – scheiterte aber. Freude bereitete den Grünen wie auch der SP die Annahme des Berufsbildungsfonds im September 2008. Dass sich die Fraktion in Bildungsfragen aber nicht immer einig ist, zeigte beispielsweise die Debatte um den Eintrag von Absenzen im Zeugnis.

Die CVP – stets auf der Suche nach Profil

wbt. · Die CVP-Fraktion gehörte 2007 mit einem Sitzgewinn zu den Wahlsiegern – ein Umstand, den sie ihrem Alleingang und dem neuen Markenzeichen «liberal-sozial» zuschrieb. Ihre starke Verjüngung wurde augenfällig, als der langjährige Fraktionspräsident Lucius Dürr sein Amt 2008 an den jungen Wädenswiler Philipp Kutter abtrat. Kutter sah das Hauptproblem seiner Fraktion klar voraus: einerseits Kompromissfähigkeit zu beweisen, andererseits ein eigenes Profil zu entwickeln. Wegen der neuen Vielfalt in der Mitte konnte die CVP nur noch selten Zünglein an der Waage spielen. Immerhin verhalf sie dem Steuerpaket, das Topverdiener entlastet und im Mai an die Urne kommt, im Rat zum Durchbruch, nachdem sie SVP und FDP höhere Kinderabzüge abgerungen hatte.

Zur Profilierung setzt die CVP gern Vorstösspakete zu Schwerpunkten ein, so etwa zum komplexen Thema Weiterbildung. Die Wirkung nach aussen bleibt beschränkt. Hingegen spielt die Fraktion eine wichtige Rolle bei der innerparteilichen Meinungsbildung. Bei der Schaffung des Berufsbildungsfonds erhielt sie zwar von den Delegierten eine Abfuhr, wurde dafür aber vom Volk bestätigt. Die CVP lebt auch von ihren Köpfen. Derjenige des eigenständigen Winterthurers Willy Germann wird künftig fehlen. Einem anderen trauert die Fraktion nicht nach: Die 2008 nachgerückte Zürcherin Susanne Brunner wechselte im letzten Sommer zur SVP-Fraktion. Der vor vier Jahren gewonnene Sitz ist aber wieder weg.

Die EVP – fleissige Hüterin ihrer Werte

wbt. · Die EVP wird gerne als etwas harmloser, den Freikirchen nahestehender Minderheitenverein mit einer treuen Wählerschaft gesehen. 2007 trug das neue Wahlsystem der Fraktion einen zusätzlichen, zehnten Sitz ein, den es zu verteidigen gilt. Im Rat ist die EVP aber

sehr präsent. Nicht nur gehört der amtierende Kantonsratspräsident, der Baretswiler Biobauer Gerhard Fischer, ihrer Fraktion an, sie stellt als einzige der kleineren Parteien gleich zwei Kommissionspräsidenten, rechnet man die interfraktionelle Konferenz grosszügig dazu. Die nicht immer geschlossene Fraktion stimmt in sozialen und finanzpolitischen Fragen häufig mit Sozialdemokraten und Grünen – wenn auch nicht immer aus den gleichen Beweggründen. Ihre Entscheidungen entspringen oft einer diskret vorgebrachten christlich-konservativen Werthaltung, deutlich etwa in Vorstössen gegen eine liberale Handhabung der Sterbehilfe.

Zu den fleissig gepflegten Themen gehören das Heimwesen, Kinderbetreuung und Kindergarten, die Volksschule und Fragen rund um das Staatspersonal. Zum Teil haben diese Schwerpunkte mit den beruflichen Hintergründen und der gesellschaftlichen Verortung der Fraktionsmitglieder zu tun. In der Fraktion steckt einiges an politischer Kompetenz, gerade in Schulfragen. Da verfügen etwa der Wädenswiler Stadtrat Johannes Zollinger und der Oberengstringer Sekundarlehrer Kurt Leuch über einen grossen Erfahrungsschatz, was auch auf den (letztes Jahr zurückgetretenen) überzeugenden Redner Thomas Ziegler aus Elgg zutrifft.

Die GLP – alles andere als spendabel

wbt. · Die Wahlen von 2007 bescherten den beiden grünliberalen Thomas im Kantonsrat, Weibel und Maier, auf einen Schlag acht Kolleginnen und Kollegen. Aus einem Haufen politischer Newcomer, aus dem das wiedergewählte politische Urgestein Hans Meier noch bis Mitte der Legislatur herausschickte, wurde eine Fraktion. In der ersten Amtszeit hat sie sich mindestens etwas Eifersucht erarbeitet: Zwar grün, aber ohne soziales Gewissen und oft auf der Linie der SVP politisierte die neue Fraktion, heisst es bei ihr in Teilbereichen nahestehenden Fraktionen, etwa der CVP oder der EVP. Tatsächlich verpasst es Fraktionschef Thomas Maier in seinen Voten selten, Ausgaben als unnötig anzuprangern und zu argumentieren, es gehe nicht ums Sparen, sondern nur ums Bremsen des Ausgabenwachstums.

Dies ist aber nur eine Seite. In den grünliberalen Vorstössen kommen Umweltthemen deutlich zum Ausdruck. Die Fraktion hat zudem immer wieder auch andere Anliegen, beispielsweise der Hochschulen und der Studierenden gestützt – von der verfassten Studentenschaft über die Studiengebühren bis zu

den Rektorwahlen. Nach dem Wechsel des Routiniers Thomas Weibel in den Nationalrat 2008 lag es am selber noch jungen Thomas Maier, seine Equipe mit dem Ratsbetrieb vertraut zu machen (und gleichzeitig die Partei durch personelle Turbulenzen in einzelnen Sektionen zu führen). Mit unterschiedlichem Erfolg: Neben profilierten Mitgliedern gibt es auch solche, die kaum in Erscheinung getreten sind.

Die EDU – Zünglein an der Waage

sho. · «Weniger Staat – mehr Gottvertrauen»: Auf diese Formel lässt sich die Politik der EDU bringen. Eine Fraktion, die sich einen Psalm als Jahresmotto gibt und die vor jeder Sitzung des Parlaments auf der Tribüne des Ratsaals eine Andacht abhält, mag skurril erscheinen. Doch sie ist durchaus ernst zu nehmen. Das erfuhr im letzten September der Regierungsrat schmerzlich, als die EDU-Kantonsräte den Ausschlag gaben beim Entscheid, den Baukredit für das Polizei- und Justizzentrum abzulehnen. Die fünf Vertreter knien sich in die Materie, verzichteten im Übrigen aber darauf, ihre Voten mit Bibelzitate zu spicken. Aufgrund der knappen Mehrheiten im Kantonsrat spielt die EDU-Fraktion nicht selten das Zünglein an der Waage. Dabei stärkt sie in Bildungs-, Sicherheits- und auch Finanzfragen das konservative Lager. Weil für die EDU Steuergerechtigkeit aber einen hohen Wert besitzt, setzte sie sich an der Seite der Linken für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung und gegen Entlastungen für Gutverdienende ein. Aus Respekt vor der Schöpfung unterstützt sie häufig, aber nicht immer, grüne Forderungen. Die kleine EDU hat im Konzert der Grossen wie keine andere Partei ein Interesse daran, dass die Kräfteverhältnisse im Kantonsrat labil bleiben. Mit ihren Kernthemen, etwa dem Kampf gegen die Sterbehilfe und die Homosexualität oder dem Engagement zur Anerkennung der Schöpfungslehre neben der Evolution im Unterricht, blieb die EDU dagegen auf verlorenem Posten.

Die AL – 2 Mann und 52 Vorstösse

kg. · Die Alternative Liste, das ist im Kantonsrat ein Zwei-Mann-Unternehmen – Frauen sind bei der Linksaussen-Partei mitgemeint. Und genau genommen bilden die beiden auch keine Fraktion; dazu braucht es mindestens fünf Vertreter. Sie haben sich der grünen Fraktion angeschlossen, aber sie gehen dort und auch im Plenum trotzdem nicht unter. Ihre Hauptthemen sind die Arbeit der Polizei, Steuern, Arbeitsmarkt und Arbeitsrecht. Mit dem Rechtsanwalt Markus Bischoff stellt die AL sogar den Präsidenten der parlamentarischen Untersuchungskommission, welche unter anderem die politischen Verantwortlichen für den Korruptionsfall in der kantonalen Pensionskasse BVK ausfindig machen soll.

Bischoff und sein Mitstreiter, Gewerkschaftssekretär Kaspar Bütikofer, wissen, dass sie mit Postulaten oder Motionen keinen Blumentopf gewinnen, weil Mehrheiten für sie ausser Reichweite liegen. Deshalb konzentrieren sie sich bei ihren Vorstössen auf Anfragen, eine parlamentarische Form, mit der sie sich direkt an den Regierungsrat wenden und auf ihnen wichtige Themen aufmerksam machen können. Zwei Drittel ihrer seit 2007 eingereichten Vorstösse gehören zu dieser Kategorie. Nicht selten versorgen sie sich und die Medien so mit Stoff für Abstimmungskämpfe und Artikel – zum Beispiel, wenn der Regierungsrat in einer Antwort detailliert auflistet, welche Steuern in den letzten Jahren reduziert wurden und welche Steuersenkungen in naher Zukunft geplant sind.